

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **39 (1964)**

Heft 10

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

rundschau

Genf lehnt Vorkaufsrecht ab

In Genf wollte eine kommunistische Initiative den Staat verpflichten, sofort 3000 billige Wohnungen zu bauen, und diesem für fixierte Bauzonen ein Vorkaufsrecht verleihen. Der Große Rat hat die Initiative als verfassungswidrig abgelehnt, das Bundesgericht aber den Rekurs der Kommunisten geschützt mit der Begründung, die Wohnungsnot sei öffentliches Interesse. Das Volk hat nun Initiative und Gegenvorschlag des Großen Rates abgelehnt. Das Gegenprojekt wollte das Vorkaufsrecht auf die Zeit der Wohnungsnot beschränken, darauf verzichten, wenn der Eigentümer selbst billige Wohnungen baut, und den Staat berechtigen, erworbenes Terrain an Dritte im Baurecht zu gleichem Zweck zu zedieren.

Referendum gegen Basler Mietzinsbeiträge-Gesetz

Der Große Rat bereinigte ein Gesetz über staatliche Mietzinsbeiträge an Familien mit mindestens einem minderjährigen Kind.

Die Vorlage ging vor der zweiten Lesung an eine Kommission. Die Kommission hat versucht, den Mißbrauch auszuschalten. Basel ist mit diesem Gesetz die erste Schweizer Stadt, die die Differenz zwischen Alt- und Neuwohnungszinsen auch für diejenigen Familienväter ausgleichen versucht, die nicht ausgesprochen minderbemittelt sind und auch nicht für mehrere Kinder zu sorgen haben.

Da gegen das Gesetz das Referendum ergriffen worden ist, wird nun das Volk zu entscheiden haben.

1300 Wohnungen zwischen Riehen und Basel

Basel plant zwischen der Stadt und Riehen den Bau von 1300 Wohnungen mit Laden- und Klubzentrum, einer Kirche und weiteren Gebäuden, wofür insgesamt ein Betrag von über 100 Millionen Franken benötigt wird.

Konsequenz des Baubeschlusses: Bauverteuerung

An der Generalversammlung der Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik erläuterte Prof. Edgar Salin (Basel) sozialpolitische Aspekte der Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung. Dabei ging er mit den in den Dringlichkeitsbeschlüssen vorgesehenen Maßnahmen scharf ins Gericht, zeigte Widersprüche und Gefahren

für unsere internationale wirtschaftliche Stellung auf und brachte Zweifel an der richtigen Durchführung des Finanzbeschlusses vor. In Bestätigung von Überlegungen, die mitbestimmend waren für die gewerbliche Kritik am Baubeschluß, hob Prof. Salin hervor, jede zeitlich hinausgeschobene Bauaufgabe werde uns später ein Mehrfaches des heutigen Preises kosten, nicht zuletzt wegen des Zinses, der bis dahin für brachliegendes Bauland bezahlt werden müsse. GPD

Walliser Großer Rat fördert den sozialen Wohnungsbau

Der Große Rat des Kantons Wallis stimmte im Zusammenhang mit der Förderung des sozialen Wohnungsbaues einer Krediterhöhung von 10 auf 12 Millionen Franken zu.

Das Programm der Gemeinnützigen in Deutschland

Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen der Bundesrepublik wollen in den 2 Jahren von 1964 bis 1966 rund 480 000 Wohnungen bauen. Diese Angaben machte der Direktor des Gesamtverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen. Seit der Währungsreform bis Ende 1962 habe die gemeinnützige Wohnungswirtschaft mit dem Bau von 2,5 Millionen Wohnungen 35 Prozent der gesamten Wohnungsbauleistungen der Bundesrepublik und Westberlins erbracht. 40 Prozent davon — das sind 1 Million Wohnungen — entfallen auf die Eigentumsbildung an Haus und Wohnung. Brüggemann vertrat die Ansicht, daß es auch in Zukunft die Aufgabe der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sei, vorwiegend für die unteren Einkommensgrenzen Wohnungen zu bauen.

(«Neue Heimat»)

Auf eine große Feier

hat die Gemeinnützige Baugenossenschaft Pforzheim-Arlinger verzichtet, obwohl die Genossenschaft in diesem Jahr auf ein 50jähriges Bestehen und auf ein erfolgreiches Wirken im Dienste des sozialen Wohnungsbaues zurückblicken kann. Als bleibende Erinnerung an dieses Jubiläum wurde dafür der Bau eines Altersheimes in Pforzheim beschlossen. «Gut wohnen»

Rasche Zunahme der Weltbevölkerung

In einem Bericht der Vereinten Nationen heißt es, die Weltbevölkerung werde Ende

dieses Jahrhunderts auf nahezu 6 Milliarden gestiegen sein und sich damit seit 1960 verdoppelt haben. Die Verfasser des Berichtes glauben nicht, daß diese Zahl überschritten wird, da es unumgänglich sei, daß sich die Zunahme der Bevölkerung mit der Zeit verlangsamt.

Dem Bericht zufolge sollen bis Ende unseres Jahrhunderts 81 Prozent der Weltbevölkerung in den heutigen Entwicklungsländern leben. 1960 waren es 71 Prozent.

Die Experten schätzen, daß es in Lateinamerika bis zum Jahre 2000 3,6 mal mehr Menschen geben wird als vor vier Jahren, in Afrika und Südostasien je dreimal mehr, in Ostasien 2,3 mal mehr, in Ozeanien, Nordamerika und der Sowjetunion fast doppelt so viele und in Europa etwa einen Drittel mehr.

Aus dem Bericht gehen überdies folgende Tatsachen hervor: In fast allen Entwicklungsländern ist weiterhin eine rasche Abnahme der Sterblichkeitsrate vorauszu sehen, was bedeutet, daß mit einer beschleunigten Bevölkerungszunahme zu rechnen ist. Die Bevölkerung der meisten Entwicklungsländer nimmt jährlich von 1,0 bis 3,5 Prozent zu, jene der Industriestaaten um 0,5 bis 1,7 Prozent. In den Industriestaaten ist im Verhältnis der betagten Menschen zur Gesamtheit der Bevölkerung eine fortschreitende Zunahme zu verzeichnen, was zu einer graduellen Verlangsamung des Bevölkerungszuwachses führt.

Das Wohnbaugenossenschaftswesen in der Tschechoslowakei auf dem Vormarsch

Das Wohnbaugenossenschaftswesen entfaltet sich in der Tschechoslowakei immer erfolgreicher. Die neugegründeten Wohnbaugenossenschaften, die nunmehr direkt vom Zentralrat der Genossenschaften gelenkt werden, vereinigen eine immer größere Zahl von Bürgern, wobei im gesamtstaatlichen Ausmaß der Anteil der Genossenschaften am gesamten Wohnungsbau im Lande ansteigt.

Nach den letzten Angaben existieren in der CSR bereits 1571 Wohnbaugenossenschaften (gegenüber 1054 im Vorjahr), und darin sind 163 522 Bürger, oder um 46 000 mehr als in den verflossenen zwölf Monaten, organisiert. Seit dem Jahre 1959 bis zum Vorjahr bezogen bereits 64 284 Mitglieder mit ihren Familien die neuerbauten Genossenschaftswohnungen. In diesem Jahr werden weitere 29 640 Mitglieder eine neue Wohnung erhalten.